

Tier(schutz)politik im Spiegel der Gesellschaft

eine Analyse basierend auf einer repräsentativen
Umfrage durch die SINUS Markt- und
Sozialforschung GmbH (Heidelberg)



Im Auftrag von Animal Society e.V.

Konzept: Thomas Hecquet, Georgina Spieth, Laura Heppeler

Analyse: Dr. Philipp von Gall

Datenaufbereitung: Mira Céline Klein, Michelle Golcher (INWT Statistics GmbH)

Gestaltung: Yuri Wahl Valle

Redaktionsschluss (letzter Zugriff auf genannte Weblinks): November 2021.



Animal Society ist eine gemeinnützige Organisation, die sich für die Rechte und Interessen von Tieren einsetzt und Gesellschaft und Politik dazu ermutigt, Tierleid zu beenden. Mit unserer Aufklärungsarbeit und politischen Kampagnen schaffen wir Transparenz, um effektive Tierpolitik zu etablieren.

Um progressive Veränderungen für Tiere voranzutreiben führt unser Team Dialoge mit Politiker*innen und arbeitet mit Expert*innen und Arbeitsgruppen zusammen. Animal Society informiert Bürger*innen über die Zusammenhänge wichtiger politischer Themen, Fragen und Entscheidungen, die Tiere betreffen.

Weitere Informationen über Animal Society e.V. , sowie unsere Aktionen und Unterstützungsmöglichkeiten unter <https://animalsociety.de/>

Inhaltsverzeichnis

Ziel der Analyse	6
Zusammenfassung der Ergebnisse	7
Methodik	8
Ergebnisse	9
A. Tierschutzpolitik vs. Politische Vertretung von Tieren	9
A.1. Ist die Perspektive der Tiere in der Politik angemessen vertreten?	9
A.2. Ist das BMEL eine geeignete Institution, um Tierschutzfragen umzusetzen?	10
A.3. Wer vertritt Tiere und ihre Bedürfnisse heute bei demokratischen Entscheidungen?	11
A.4. Aussage: „Tiere und ihre Bedürfnisse sind von den Folgen politischer Entscheidungen regelmäßig betroffen.“	13
A.5. Werden Tiere in politischen Entscheidungsgremien ausreichend vertreten?	15
A.6. Aussage: „Landwirtschaftliche Lobbygruppen sind einflussreicher als Tierschutzgruppen.“	16
A.7. Aussage: „Die Politik klärt ausreichend über die verschiedenen Folgen der Tierhaltung auf (für Tiere, Umwelt und menschliche Gesundheit).“	17
B. Forderungen für eine zukünftige Tierpolitik	19
B.1. Aussage: „Es braucht einen starken Wandel in der Politik der Tierhaltung.“	19
B.2. Aussage: „Ein Gesetz in Deutschland, das einen ethischeren Umgang mit Tieren vorschreibt, die in der Lebensmittelindustrie genutzt werden, würde ich unterstützen.“	20
B.3. Welche Tierart muss in Deutschland insbesondere besser geschützt werden?	21
B.4. Sollte ein*e gewählte*r Beauftragte*r auf Bundesebene die Möglichkeit haben, für Tierschutz/ tierliche Interessen einzutreten?	22
B.5. Aussage: „Wie könnte der Tierschutz in Deutschland gestärkt werden?“	23
B.6. Aussage: „Bilder leidender Tiere sollten Kindern unzugänglich sein, weil Wissen um leidende Tiere in der Tierhaltung schwer zu ertragen ist.“	24

Inhaltsverzeichnis

C. Wichtigkeit der politischen Mensch-Tier-Beziehung	26
C.1. Aussage: „Mir ist es wichtig, dass Tiere, die in der Lebensmittelindustrie genutzt werden, gut behandelt werden.“	26
C.2. Aussage: „Den Deutschen ist es wichtig, dass die Tiere, die zu Nahrungszwecken genutzt werden, gut behandelt werden.“	27
C.3. Was sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten Probleme in Deutschland?	29
C.4. Aussage: „Niedrige Fleischpreise sind wichtiger als das Wohlergehen der als Nahrungsmittel genutzten Tiere.“	30
D. Ernährungsfragen	31
D.1. Aussage: „Eine gesunde Ernährung ist auch ohne Tierprodukte möglich.“	31
D.2. Aussage: „In ethischer Hinsicht ist eine Ernährung ohne Tierprodukte die beste Lösung.“	32
E. Soziodemographische Merkmale der Befragten	34
E.1. Altersgruppen	34
E.2. Bildung	34
E.3. Geschlecht	34

Ziel der Analyse

Die durch Leid und Elend geprägte Situation von Tieren in wirtschaftlichen Nutzungsverhältnissen bewegt die meisten Menschen in Deutschland. Trotzdem erfährt der Tierschutz politisch immer noch relativ wenig Beachtung. Um dieses Ungleichgewicht zu beheben, muss die Zivilgesellschaft immer wieder auf die verbreitete Kritik am Status quo hinweisen. Diese Analyse soll aufzeigen, wie die Bevölkerung in Deutschland über die Tierhaltungs- und Tierschutzpolitik und deren Alternativen denkt. Dabei werden auch ethische Positionen zum Mensch-Tier-Verhältnis ermittelt.

Insbesondere soll die Analyse öffentliche Meinungen zur politischen Vertretung von Tieren aufzeigen. Diese Thematik wurde in Umfragen bisher noch kaum untersucht. Staatliche Organisationen hören zwar heute Tierschutzorganisationen bei relevanten Entscheidungen an. Doch inwiefern diese Partizipation für ausreichend oder gar gerecht befunden wird, ist unklar. Unklar ist auch, welcher Verein oder welche Institution gehört werden sollte und wie sichergestellt wird, dass die Forderungen auch angemessen berücksichtigt werden.

Für die Analyse "Tier(schutz)politik im Spiegel der Gesellschaft" wurde eine repräsentative Umfrage durch ein renommiertes Sozialforschungsinstitut durchgeführt. Teilnehmer*innen konnten ihre Positionen durch Zustimmung bzw. Widerspruch zu ausgewählten Aussagen, sowie durch Antworten auf Fragen zum Ausdruck bringen. Die Studie zeigt auch Zusammenhänge zwischen diesen Einstellungen und den Parteipräferenzen der Befragten auf. Dafür wurde die Frage gestellt: "Welche Partei würden Sie wählen, wenn die Bundestagswahl am nächsten Sonntag stattfinden würde?".

Die Umfrage teilt sich in die Bereiche

- A. Tierschutzpolitik vs. politische Vertretung von Tieren
- B. Forderungen für eine zukünftige Tierpolitik
- C. Wichtigkeit der politischen Mensch-Tier-Beziehung
- D. Ernährungsfragen
- E. Soziodemographische Merkmale der Befragten

Die Ergebnisse dienen dem zivilgesellschaftlichen Tierschutzsektor, Medienvertreter*innen, der interessierten Öffentlichkeit, den human-animal-studies ebenso wie politischen Entscheidungsträger*innen. Sie stecken gleichzeitig die Agenda für ein neues politisches Handlungsfeld ab: die angemessene Vertretung tierlicher Interessen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Im Ergebnis zeigt sich, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Belange von Tieren in der Politik nicht ausreichend vertreten sieht. Mehrheitlich erkennen die Befragten Tiere als Betroffene der Politik an, die generell einer politischen Vertretung bedürfen, wobei der dadurch verbesserte Schutz vor allem zu Nahrungszwecken gehaltenen Tieren zukommen soll. Staatlicher Tierschutz ist demnach nicht gleichzusetzen mit einer angemessenen politischen Vertretung von Tieren, wohl aber ein wichtiger Bestandteil davon. Die Bevölkerung steht einem Wandel der Politik hin zu einer stärkeren Achtung der Tiere positiv gegenüber. Unklarheit zeigt sich bei der Frage, wer die Aufgabe der Vertretung tierlicher Interessen übernimmt: Politiker*innen tun dies in den Augen der meisten Befragten nicht oder nur bedingt. Die Rolle der politischen Vertretung wird mehrheitlich zivilgesellschaftlichen Tierschutz- und Tierrechtsvereinen zugeschrieben. Gleichzeitig werden landwirtschaftliche Lobbygruppen für einflussreicher als die Tierbewegung befunden. Einen besseren rechtlichen Schutz von landwirtschaftlich genutzten Tieren, auch durch innovative Institutionen, würde die Bevölkerung mehrheitlich unterstützen. Rund die Hälfte der Befragten meint, dass eine Ernährung ohne Tierprodukte in ethischer Hinsicht die beste Lösung sei. Zusammenhänge zwischen Parteipräferenzen und einer Positionierung zu mehr oder weniger Tierschutz sind teilweise ersichtlich, müssen aber weiter untersucht werden. Bemerkenswert ist, dass auch Wähler*innen von Parteien, die bei aktuellen Wahlprüfsteinen mittlere bis schlechte Tierschutzergebnisse erzielen, wie CDU/CSU, FDP und SPD, mehrheitlich auch vielen eher progressiven Forderungen und Aussagen im Tierschutz zustimmen, und von daher mit der Politik "ihrer" Parteien nicht einverstanden sein dürften. Feststellen lässt sich auch, dass Wähler*innen von Bündnis 90 / Grüne und die Linke im Vergleich eher kritisch gegenüber dem Status quo der Tierschutzpolitik und affiner gegenüber institutionellen Reformen sind. Die Positionen von CDU/CSU- Wähler*innen bilden oft den Gegenpol zu den tierschutz-progressiven Grünen- und Linken-Wähler*innen. AFD-Wähler*innen sind am wenigsten offen für einen tierschutzorientierten Wandel in der Politik der Tierhaltung. FDP- und SPD-Wählergruppen stecken in ihren Positionen das Mittelfeld zwischen diesen Polen ab. Weitere Gründe für unterschiedliche Positionen müssten in qualitativen Befragungen weiter untersucht werden.

Methodik

Die Umfrage wurde als repräsentative Befragung in Deutschland von der SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH (Heidelberg) durchgeführt. Dabei wurden bei einer Gesamtfallzahl von 1.000 Befragungen entsprechende Verhältnisse der Gruppen nach Alter, Geschlecht, Bildung und der Milieu-Zugehörigkeit ermittelt. Bei den Schulabschlüssen dominiert die mittlere Reife (31%), gefolgt vom Hauptschulabschluss mit Berufsausbildung (22%) und Abitur (15%). 15% der Befragten haben einen Hochschulabschluss. Befragt wurden Personen zwischen 18 und 69 Jahren. Die Umfrage wurde am 13. August 2021 geschickt und am 19. August beendet.

Die Analyse nach Parteipräferenz wurde durch das Data Science Unternehmen INWT Statistics GmbH aufbereitet.

Zu Darstellungszwecken wurde für die Umfrage die Reihenfolge der Fragen thematisch gruppiert, sowie Zustimmungstendenzen der Antworten hervorgehoben.

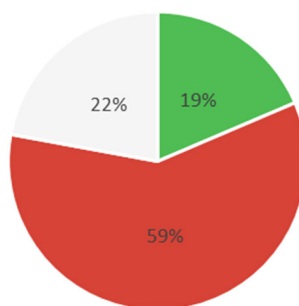
Ergebnisse

A. Tierschutzpolitik vs. politische Vertretung von Tieren

A.1. Ist die Perspektive der Tiere in der Politik angemessen vertreten?

Zusammenfassung: Fast zwei Drittel der Befragten hält die Perspektive der Tiere in der Politik für nicht angemessen vertreten. Nur knapp jede fünfte befragte Person meint, dass die Perspektive der Tiere angemessen vertreten ist.

Ist die Perspektive der Tiere in der Politik angemessen vertreten?



■ Ja ■ Nein ■ Weiß nicht

Ist die Perspektive der Tiere in der Politik angemessen vertreten?

	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere
Ja	30%	19%	12%	12%	16%	26%	10%
Nein	47%	58%	75%	69%	56%	55%	59%
Weiß nicht	23%	23%	13%	19%	28%	19%	31%

Kommentar: Die überwiegende Anzahl der Befragten widerspricht der Aussage, dass die Perspektive der Tiere heute in der Politik angemessen vertreten wird. Die Frage zielt auf eine alltagssprachliche Verwendung des Begriffes, unabhängig von bestimmten politologischen oder juristischen Fassungen und Definitionen. Unbestritten scheint heute zu sein, dass der Tierschutz eine Vertretung der Interessen von Tieren beinhaltet. So werden beispielsweise in agrarpolitischen Entscheidungsgremien immer auch Vertreter*innen des Tierschutzes gehört, und diese stehen dem allgemeinen Verständnis nach eben nicht für eine menschliche Interessengruppe, sondern für Tiere ein.

Mehrheitlich wird den Antworten nach heute bezweifelt, dass die Perspektive der Tiere angemessen politisch repräsentiert wird. Auffällig ist auch der relative hohe Anteil der "Weiß nicht"-Stimmen, der sogar noch größer ist als der Anteil der Zustimmung zur Aussage. Im Anbetracht der Wichtigkeit dieser Frage ist hier politische Aufklärung geboten.

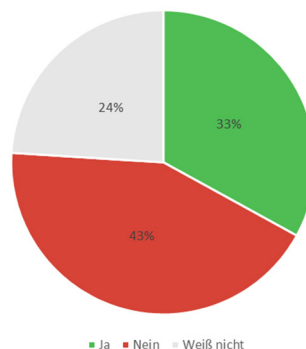
Am weitesten auseinander gehen die Antworten zwischen Bündnis 90/die Grünen-Anhänger*innen und denen der CDU/CSU. Bei Letzteren halten 30% der Befragten die Perspektive der Tiere für angemessen vertreten, so viele wie sonst nur - annähernd - bei der AfD. Drei Viertel der Grünen-Wähler*innen, der höchste Anteil unter den Parteien, halten die Perspektive der Tiere nicht für ausreichend vertreten. Im Mittelfeld befinden sich SPD- und FDP-nahe Wähler*innengruppen.

Diese Verteilung der Antworten deckt sich mit der aktuellen Ausrichtung von Grünen und Linken als tierschutz-affine bzw. tierschutz-politisch progressive Parteien, während FDP und SPD eher vereinzelt tierschutzrelevante Vorhaben unterstützten und sich CDU/CSU als agrar- bzw. tiernutzungs-affin präsentieren.¹ Es liegt daher nahe, dass die "Nein"-Antworten meist zum Ausdruck bringen, dass Tiere zu wenig oder gar nicht repräsentiert werden, wobei dies jedoch schlussendlich offenbleibt. Bemerkenswert ist, dass die Anhänger*innen von CDU/CSU und SPD, als traditionelle Vertreter der bürgerlichen Mitte, zu relativ hohen Anteilen von einer angemessenen politischen Vertretung der Tiere ausgehen, obwohl diese Vertretung staatlich eher ungeregelt ist. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass tierschutz-politisch konservative Wähler*innen dem progressiven Duktus einer angemessenen, im Sinne von stärkeren Vertretung von Tieren nicht entsprechen wollen.

A.2. Ist das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine geeignete Institution, um Tierschutzfragen umzusetzen?

Zusammenfassung: Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) wird von einem Großteil der Bevölkerung nicht als geeignete Institution angesehen, um den Tierschutz umzusetzen. Es zeigt sich aber eine relativ große Unsicherheit bei der Frage.

Ist das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine geeignete Institution, um Tierschutzfragen umzusetzen?



Ist das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine geeignete Institution, um Tierschutzfragen umzusetzen?

	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere
Ja	45%	40%	26%	35%	37%	27%	23%
Nein	29%	42%	53%	50%	33%	55%	43%
Weiß nicht	26%	18%	21%	15%	30%	18%	34%

¹ s. dazu unter anderem: <https://www.2021-tierschutz-waehlen.de/tierschutzcheck>; <https://www.tierrechte.de/2021/08/26/zentrale-tierschutz-projekte-das-antworten-die-parteien/>; <https://www.vier-pfoten.de/kampagnen-themen/themen/tierschutzpolitik/wahlpruefstene-bundestagswahl-2021>; <https://www.peta.de/neuigkeiten/bundestagswahl-2021>.

Kommentar: Eine Diskussion um die Eignung des BMEL als oberster Hüter und Regler des staatlichen Tierschutzes in Deutschland ist vor dem Hintergrund der Kritik entstanden, dass das BMEL, das traditionell die Landwirtschaft stützen und fördern soll, die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung nicht angemessen und nicht tierschutzkonform umsetzt.² Danach würden die Verordnungen das BMEL zulassen, dass die Grundbedürfnisse von Tieren in der Tierhaltung nicht in dem Maß gesichert werden, wie es das deutsche Tierschutzgesetz vorschreibt. Gewarnt wird vor einem institutionalisierten Interessenkonflikt im BMEL, der dazu führt, dass der Tierschutz regelmäßig untergraben wird. Unlängst stellte daher auch der Deutsche Ethikrat fest: “Schon die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für Tierschutzfragen ist [im Sinne des institutionalisierten Interessenkonfliktes] problematisch”.³

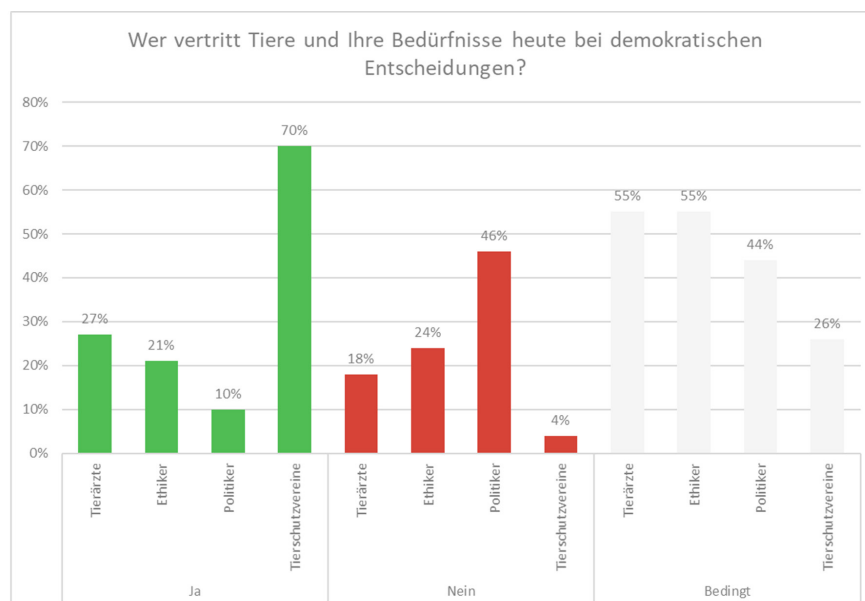
Unter den CDU/CSU-wählenden Befragten ist die Gruppe, die die Eignung des BMEL bejaht, mit rund 45% am höchsten, bei den Anhänger*innen der Grünen mit 26% am niedrigsten. Ein Grund dürfte in der aktuellen (Stand November 2021) und langjährigen Leitung des BMEL durch CDU/CSU Politiker*innen liegen. Die Frage allein lässt offen, was mit “geeignet” gemeint ist. Allerdings legen die hohen Anteile von Grünen-Wähler*innen und Linken-Wähler*innen bei den Nein-Stimmen nahe, dass die “Nein”-Antworten bezweifeln, dass der Tierschutz durch das BMEL in ausreichender Weise umgesetzt wird.

A.3. Wer vertritt Tiere und ihre Bedürfnisse heute bei demokratischen Entscheidungen?

Zusammenfassung: Es herrscht in der Bevölkerung eine große Unklarheit bzw. Unwissenheit zur Frage, wer Tiere und ihre Bedürfnisse heute bei demokratischen Entscheidungen vertritt. Am wenigsten umstritten ist die Vertretung durch private Tierschutz- und Tierrechtsvereine, über zwei Drittel der Befragten erkennen sie als politische Vertreter der Tiere an. Rund ein Drittel meint, dass Tierärzt*innen die Bedürfnisse von Tieren bei Entscheidungen einfordern und vertreten. Nur jede zehnte befragte Person meint, dass Politiker*innen Tiere bei demokratischen Entscheidungen vertreten. Fast die Hälfte der Befragten gibt allerdings an, dass Politiker*innen “teils-teils / bedingt” auch Tiere bei Entscheidungen vertreten.

² Berliner Senat (2020): Pressemitteilungen. In: <https://www.berlin.de/sen/justva/presse/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.955782.php>

³ Deutscher Ethikrat (2020): Tierwohlachtung - zum verantwortlichen Umgang mit Nutztieren, S. 61. In: <https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Stellungnahmen/deutsch/stellungnahme-tierwohlachtung.pdf>



Kommentar: Wer die Bedürfnisse und Interessen von Tieren bei demokratischen Entscheidungen eigentlich vertreten sollte, ist ein politisches Problem, das erstaunlicherweise noch wenig Beachtung findet. Mit Blick auf das hier erstellte Meinungs- bzw. Wissensbild scheint Aufklärungsarbeit und eine breite gesellschaftliche Diskussion dieser Frage dringend nötig. Eine formelle, staatsrechtliche Regelung der Vertretung von Tieren ist auch in den Augen der Befragten alles andere als abwegig. Staatliche Institutionen greifen heute bereits auf die Hilfe privater Organisationen zurück, um die Perspektive der Tiere in der Politik zu verorten. So soll etwa die von der Bundesregierung berufene Zukunftskommission Landwirtschaft alle “gesellschaftlichen Gruppen” an einen Tisch bringen, worunter auch “der Tierschutz” gezählt wird.⁴ Tierschutzorganisationen vertreten aber dem eigenen Verständnis nach ultimativ die Belange und Interessen von Tieren, und das wird von den Befragten auch so anerkannt. In der Praxis werden nicht alle Organisationen von der Politik gleichermaßen gehört, wobei der Tendenz nach Organisationen mit weiter gehenden Forderungen (Tierrecht) deutlich weniger angehört werden als große Tierschutzorganisationen mit moderaten Forderungen.

Der alarmierend geringe Kenntnisstand zur Frage, wer Tiere vertritt, ist nicht verwunderlich, da das Staatsrecht dazu nichts sagt. Überraschend ist dennoch, dass die Aufgaben von Politiker*innen so unterschiedlich bewertet werden.

Dass die Bevölkerung von einer politischen Vertretung der Tiere ausgeht, ist vor allem deshalb wichtig, weil in der staatspolitischen Theorie die politische Repräsentation (“Repräsentative Demokratie”) traditionell auf Menschen und auf gewählte Volksvertreter*innen in den Parlamenten beschränkt wurde. Die neue politische Theorie erweitert dieses Verständnis politischer Repräsentation um die Dimension der “nicht-gewählten” politischen Repräsentation, z.B. durch Nichtregierungsorganisationen oder Expert*innen. Ein solch offenes

⁴ <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/zukunftskommission-landwirtschaft.html>

Verständnis politischer Repräsentation zeigt sich auch in den Antworten der Befragten, in denen vor allem Nichtregierungsorganisationen, aber auch Sachverständige wie Veterinär*innen oder Ethiker*innen - zumindest "bedingt" oder "teils-teils" als Vertretung der Tiere anerkannt werden.

Bei den Anhänger*innen der linken Oppositionsparteien im Bundestag zum Zeitpunkt der Umfrage, Bündnis 90 / Grüne und die Linke, ist der Anteil derer, die widersprechen, dass Politiker*innen Tiere bei demokratischen Entscheidungen vertreten, mit rund 50% besonders hoch. Bemerkenswerterweise liegt entsprechend bei den CDU/CSU-Anhänger*innen der Zustimmungswert, dass Politiker*innen Tiere vertreten, mit 15% am höchsten von allen Partei-Gruppen. Der Aussage, dass Politiker*innen Tiere vertreten, widersprechen mit 27% im Vergleich zu den anderen Partei-Gruppen nur relativ wenig CDU-CSU-Wähler*innen.

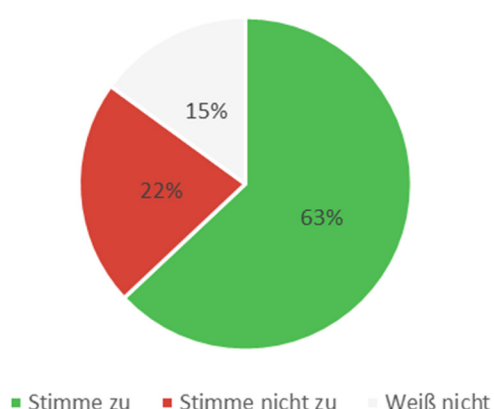
A.4. Aussage: „Tiere und ihre Bedürfnisse sind von den Folgen politischer Entscheidungen regelmäßig betroffen.“

Zusammenfassung: Dass Tiere und ihre Bedürfnisse von politischen Entscheidungen regelmäßig betroffen sind, meinen zwei Drittel der Befragten, nur 22% stimmen nicht zu, davon nur 5% "überhaupt nicht".

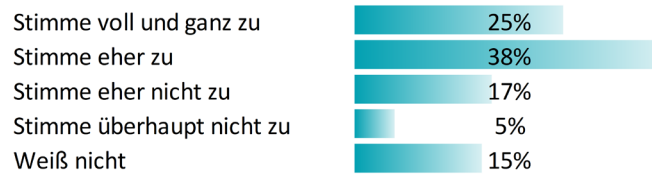
Tiere und ihre Bedürfnisse sind von den Folgen politischer Entscheidungen regelmäßig betroffen.

	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere
Stimme zu	64%	61%	76%	78%	58%	57%	53%
Stimme nicht zu	23%	24%	16%	13%	26%	25%	20%
Weiß nicht	13%	15%	8%	9%	16%	18%	27%

Tiere und ihre Bedürfnisse sind von den Folgen politischer Entscheidungen regelmäßig betroffen



Tiere und ihre Bedürfnisse sind von den Folgen politischer Entscheidungen regelmäßig betroffen.



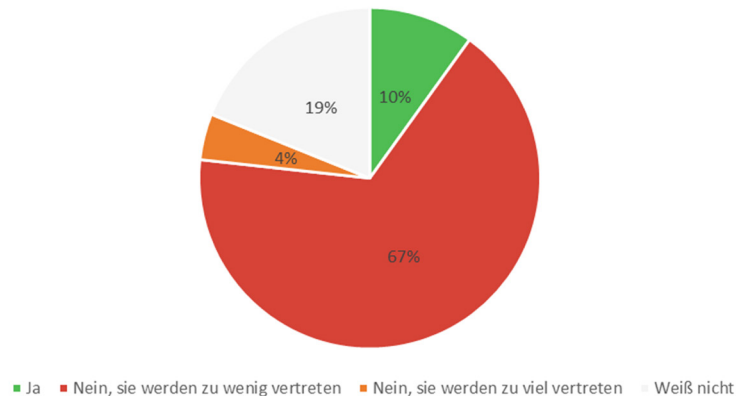
Kommentar: In der demokratischen Theorie gilt die Betroffenheit von einer Entscheidung als Grund, um an der Entscheidungsfindung partizipieren zu dürfen oder zumindest gehört zu werden. Insofern ist es wichtig zu verstehen, ob Menschen die individuelle Betroffenheit der Tiere selbst - jenseits des abstrakt formulierten Staatszieles Tierschutz - anerkennen. Nur rund ein Viertel der Befragten glaubt nicht, dass Tiere von der Politik regelmäßig betroffen sind. Zwei Drittel stimmen zu. Gründe für die mangelnde Zustimmung des Viertels der Befragten müssen nicht unbedingt in einer Skepsis begründet liegen, dass Tiere überhaupt von der Politik betroffen sein können. Die Gründe können sich auch auf das Wort "regelmäßig" beziehen, indem also gemeint wird, dass Tiere nicht "regelmäßig", sondern zum Beispiel nur "hin und wieder" betroffen sind.

Am weitesten auseinander liegen die Werte der Linken-Wähler*innen und AFD-Wähler*innen. Bei ersteren halten fast 80% der Befragten Tiere für regelmäßig von der Politik betroffen, bei der AFD sind es nur etwas über 50%.

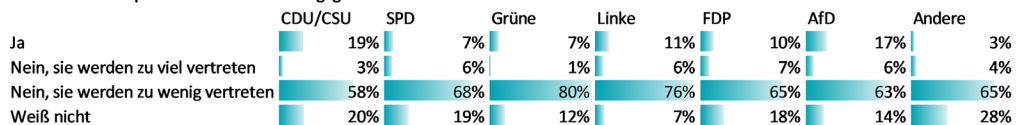
A.5. Werden Tiere in politischen Entscheidungsgremien ausreichend vertreten?

Zusammenfassung: Über zwei Drittel der Befragten meinen, dass Tiere in politischen Entscheidungsgremien zu wenig vertreten werden, nur jede zehnte befragte Person meint, dass Tiere ausreichend vertreten werden.

Werden Tiere in politischen Entscheidungsgremien ausreichend vertreten?



Werden Tiere in politischen Entscheidungsgremien ausreichend vertreten?



Kommentar: Diese Frage zielt in ähnlicher Weise wie die Frage A.1. auf die öffentliche Wahrnehmung der Vertretung von Tieren in der Politik. Gefragt wird hier in leicht abgewandelter Weise, ob Tiere ausreichend in politischen Entscheidungsgremien vertreten werden. Hier zeigt sich nun, dass die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Art der Vertretung in der mangelnden Vertretung der Tiere begründet liegt. Über zwei Drittel sehen Tiere in politischen Entscheidungsgremien mangelhaft vertreten. Nur 5% halten den Einfluss der Vertretung für zu hoch. Wie in Frage A.1. zeigt sich hier ein hoher Anteil von Personen, die diese Frage nicht beantworten können.

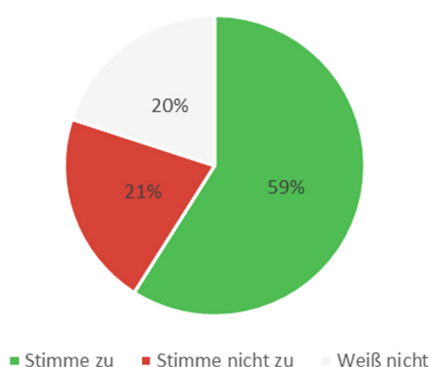
Die Antworten decken sich weitgehend mit den inhaltlichen Schwerpunkten der Parteien und ihrer Rolle als Regierungs- und Oppositionsparteien zum Zeitpunkt der Umfrage. 80% der Wähler*innen von Bündnis 90 / die Grünen meinen, Tiere würden in politischen Entscheidungsgremien zu wenig vertreten, nur 7% sagen, dass Tiere ausreichend in Entscheidungsgremien repräsentiert werden. Bei Wähler*innen der CDU/CSU, die eher für das Eintreten für die Interessen der Tiernutzung bekannt ist, sagen dagegen nur 58%, dass Tiere zu wenig vertreten werden, während immerhin 19% sagen, dass sie ausreichend vertreten werden. Ähnlich hoch ist der Anteil der Personen, die Tiere ausreichend vertreten sehen, nur unter AfD-Wähler*innen. Bei SPD-Wähler*innen sind es zwar wie bei den Grünen-Wähler*innen nur 7%, die das aktuelle Maß an Vertretung für ausreichend halten. Mit 68% sind aber weniger überzeugt, dass Tiere zu wenig vertreten werden,

ein relativ großer Anteil antwortet mit “Weiß nicht” (19%). Nur unter CDU-Wähler*innen liegt der Anteil von Befragten, die keine Position zum Thema haben bzw. meinen nicht genug darüber zu wissen, mit 20% noch höher. Auch die FDP-Wähler*innen zeigen sich relativ kritisch der aktuellen Situation gegenüber, nur jede zehnte Befragte Person meint hier, Tiere würden ausreichend vertreten, und 65% sehen Tiere zu wenig vertreten.

A.6. Aussage: „Landwirtschaftliche Lobbygruppen sind einflussreicher als Tierschutzgruppen.“

Zusammenfassung: Knapp zwei Drittel der Befragten stimmen der Aussage zu, dass landwirtschaftliche Lobbygruppen einflussreicher sind als Tierschutzgruppen. Nur 21% stimmen nicht zu (davon 15% “eher nicht” und nur 6% “überhaupt nicht”).

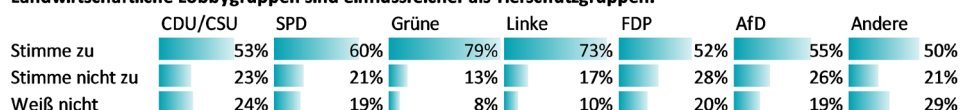
Landwirtschaftliche Lobbygruppen sind einflussreicher als Tierschutzgruppen.



Landwirtschaftliche Lobbygruppen sind einflussreicher als Tierschutzgruppen.



Landwirtschaftliche Lobbygruppen sind einflussreicher als Tierschutzgruppen.



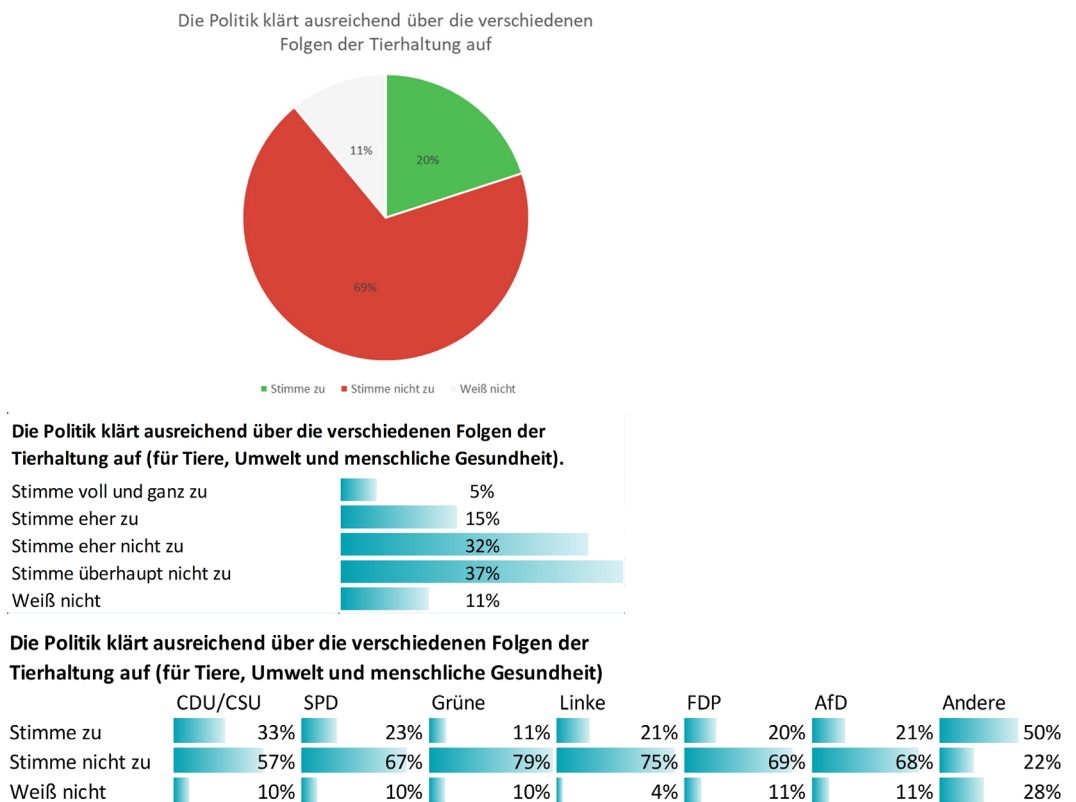
Kommentar: Die demokratische Partizipation von Betroffenen an Entscheidungsprozessen bedingt, dass der Einfluss der wirtschaftlich und politisch Mächtigen so begrenzt wird, dass jede betroffene Gruppe ihren Einfluss gleichermaßen geltend machen kann. Die Frage nach dem wahrgenommenen Einfluss der Gruppen konkretisiert also die Einstellungen zur angemessenen politischen Vertretung von Tieren.

Der landwirtschaftlichen Interessenvertretung wird traditionell eine gute Verbindung zur Politik, insbesondere zum BMEL, und ein erfolgreiches Lobbying nachgesagt. Dass landwirtschaftlichen Lobbygruppen ein höherer Einfluss als Tierschutzgruppen zugeschrieben wird, muss zwar nicht von allen Bürger*innen negativ bewertet werden, es bedarf aber zumindest einer Rechtfertigung durch die Entscheidungsträger*innen.

Am weitesten auseinander gehen die Positionen von Grünen und Linken-Wähler*innen auf der einen, und CDU/CSU- und AfD-Anhänger*innen auf der anderen Seite. Bei letzteren beiden Parteien halten relativ wenige Befragte den Einfluss landwirtschaftlicher Lobbygruppen für höher als den von Tierschutzgruppen.

A.7. Aussage: „Die Politik klärt ausreichend über die verschiedenen Folgen der Tierhaltung auf (für Tiere, Umwelt und menschliche Gesundheit).“

Zusammenfassung: Über zwei Drittel der Befragten glaubt, dass die Politik nicht ausreichend über die Folgen der Tierhaltung (für die Tiere, Umwelt und die menschliche Gesundheit) aufgeklärt. Nur jede fünfte befragte Person meint, dass die Politik ausreichend aufklärt.



Kommentar: Aufklärung über die Situation der Tiere in der Haltung ist ein wichtiger Bestandteil der Tierschutzpolitik. Heute verfügt das BMEL aufgrund seiner Zuständigkeit für die Tierhaltung über das Gros der Öffentlichkeitsarbeit und Forschung in diesem Bereich. Das führt zu Zielkonflikten, denn negative Berichterstattung über Tierhaltung

ist schlecht für die Tierwirtschaft. Die Frage ergänzt daher Frage A.2. oben, bei der die Eignung des BMEL für Tierschutzfragen eingeschätzt werden sollte. Staatliche politische Aufklärung ist wichtig, da der Staat über deutlich mehr Ressourcen, Kanäle und Mittel verfügt als private Vereine. Zudem stehen ihm wichtige Forschungsbudgets zur Schaffung von Daten und Transparenz zur Verfügung, mit denen z.B. über Tierschutzverstöße aufgeklärt werden könnte. Die Mittel werden bislang von der zuständigen Behörde für Tierschutz, dem BMEL, kaum genutzt.⁵

Am weitesten auseinander gehen die Meinungen von Wähler*innen von Bündnis 90/die Grünen und Linken auf der einen, und CDU/CSU und SPD auf der anderen Seite. Bei letzteren beiden Gruppen ist der Anteil derer, die sich ausreichend über die Folgen der Tierhaltung informiert fühlen, relativ hoch. FDP-Anhänger*innen sind bei dieser Frage kritisch gegenüber der aktuellen Politik, mit 69% bilden sie den dritthöchsten Anteil an Stimmen, die sich nicht ausreichend informiert finden, nur knapp hinter den Grünen- und den Linken-Wähler*innen.

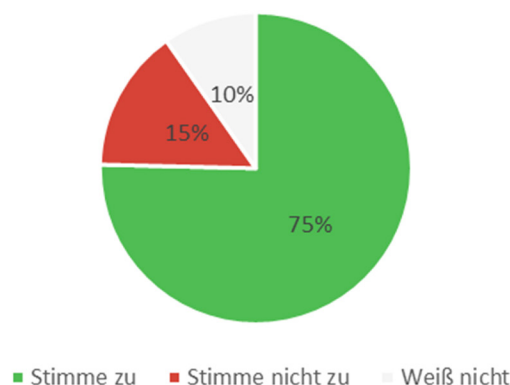
⁵ von Gall, P. (2021): Schönfärberei statt Fakten. Die Kommunikation des Bundesagrarministeriums zur Nutztierhaltung in Deutschland. In: https://www.foodwatch.org/fileadmin/-DE/Themen/Tierhaltung/Dokumente/2021-01-20_Tierwohl-BMEL-Report.pdf

B. Forderungen für eine zukünftige Tierpolitik

B.1. Aussage: „Es braucht einen starken Wandel in der Politik der Tierhaltung.“

Zusammenfassung: Ein starker Wandel in der Politik der Tierhaltung wird von der großen Mehrheit der Menschen in Deutschland für nötig befunden.

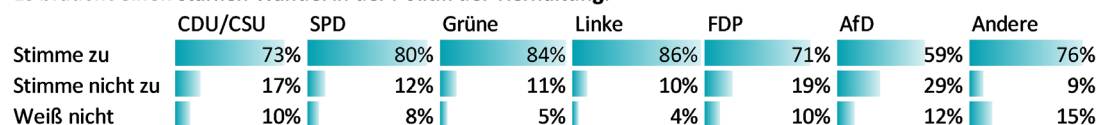
Es braucht einen starken Wandel in der Politik der Tierhaltung.



Es braucht einen starken Wandel in der Politik der Tierhaltung.



Es braucht einen starken Wandel in der Politik der Tierhaltung.

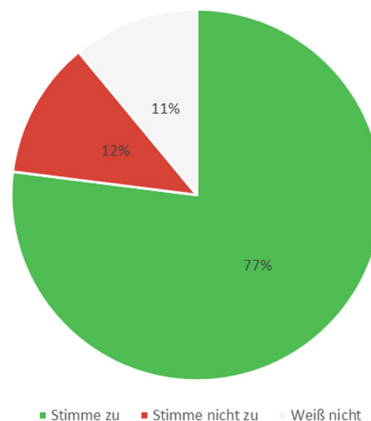


Kommentar: Eine Reihe von Umfragen in den letzten Jahren zeigen, wie kritisch die Gesellschaft gegenüber dem Status Quo der landwirtschaftlichen Tierhaltung eingestellt ist. Die hier gestellte Frage lässt zwar streng genommen offen, worin der "starke Wandel" bestehen soll, oder aus welchen Gründen er nötig ist. Eine neues Tierschutzgesetz oder größere institutionelle Änderungen bei der Vertretung der Tiere sind theoretisch ebenso möglich wie Klimaschutz oder bessere Einkommen für Landwirt*innen. Getestet wird hier vor allem die Akzeptanz eines großen politischen Wandels - ein Weg vom Status Quo. Im Ergebnis ist dieses Verlangen in der Bevölkerung offenbar sehr weit verbreitet, und zwar unter allen Wähler*innen-Gruppen. Wobei auch hier, entsprechend den Schwerpunkten der Parteien im Tierschutz, die Werte bei Grünen- und Linken-Wähler*innen relativ hoch, und die Werte von CDU/CSU-, FDP- und AfD-Wähler*innen relativ niedrig sind.

B.2. Aussage: „Ein Gesetz in Deutschland, das einen ethischeren Umgang mit Tieren vorschreibt, die in der Lebensmittelindustrie genutzt werden, würde ich unterstützen.“

Zusammenfassung: Eine große Mehrheit, drei Viertel der Befragten, würde eine Gesetzesinitiative unterstützen, die einen ethisch anspruchsvolleren Umgang mit landwirtschaftlich genutzten Tieren vorschreibt.

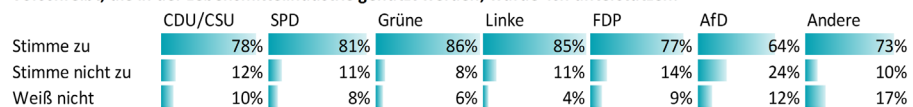
Ein Gesetz in Deutschland, das einen ethischeren Umgang mit Tieren vorschreibt, die in der Lebensmittelindustrie genutzt werden, würde ich unterstützen.



Ein Gesetz in Deutschland, das einen ethischeren Umgang mit Tieren vorschreibt, die in der Lebensmittelindustrie genutzt werden, würde ich unterstützen.



Ein Gesetz in Deutschland, das einen ethischeren Umgang mit Tieren vorschreibt, die in der Lebensmittelindustrie genutzt werden, würde ich unterstützen.



Kommentar: Die Frage zielt einerseits auf den Willen zum besseren Schutz von Tieren und andererseits auf den Zusammenhang zwischen Tierschutzrecht und Tierethik. Zwischen den praktischen Schlussfolgerungen der heutigen Tierethik und den durch das Tierschutzrecht geschaffenen Realitäten klafft eine große Lücke. Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland möchte, dass sich das ändert.

Außerdem betrifft diese Frage den Vorwurf der Inkonsequenz von Verbraucher*innen: Diese würden ethische Anforderungen an die Haltung stellen, selbst aber konventionelle, billige Tierprodukte kaufen, es handele sich also um Doppelmoral. Die Antworten lassen sich dahingehend deuten, dass die Menschen es ernst meinen mit ihren Überzeugungen, wenn sie verpflichtende Regeln - und potentielle Verbote tierschutzwidriger Wirtschaftsweisen - einfordern, die dann

auch ihr Kaufverhalten zwangsläufig steuern würden.

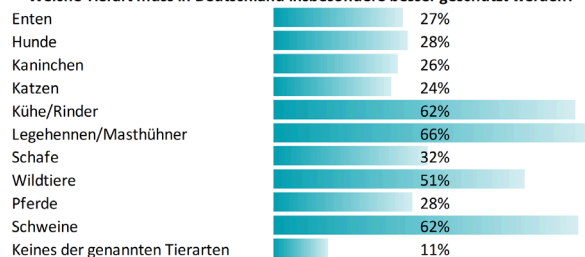
Alle Wähler*innen-Gruppen zeigen eine mehrheitliche Zustimmung zu einer solchen Gesetzesinitiative, die niedrigste Zustimmungsrate zeigen dabei AFD-Wähler*innen (64%) und die höchste Grünen-Wähler*innen (86%), dicht gefolgt von Linken-Wähler*innen (85%). Erstaunlich hoch ist der Anteil der CDU/CSU- und SPD-Wähler*innen (78 bzw. 81%), denn die große Koalition wurde mit einer Blockadehaltung gegenüber tierschutzrechtlichen Verbesserungen bekannt. Auch FDP-Wähler*innen zeigen mit 77% hohe Zustimmungsraten zu einer strengeren Gesetzeslage im Tierschutz, obwohl die Partei gegen eine sogenannte "Verbotspolitik" mobilisiert.⁶

Die empfundene Dringlichkeit eines besseren rechtlichen Schutzes von Tieren deckt sich mit bisherigen Umfragen, wie dem Special Eurobarometer 442 der Europäischen Kommission.⁷

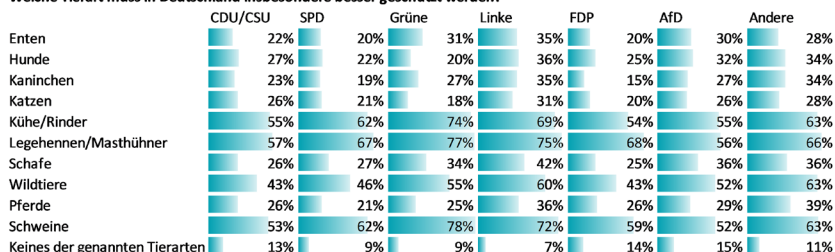
B.3. Welche Tierart muss in Deutschland insbesondere besser geschützt werden?

Zusammenfassung: Unter den Tierarten, die in den Augen der Befragten besser geschützt werden müssen, stellen landwirtschaftlich genutzte Tiere - Rinder, Hühner und Schweine - neben den Wildtieren die meistgenannten Arten.

Welche Tierart muss in Deutschland insbesondere besser geschützt werden?



Welche Tierart muss in Deutschland insbesondere besser geschützt werden?



Kommentar: Generell bestätigt sich das Bild, dass Grünen-Wähler*innen den Tierschutz in der Landwirtschaft am stärksten einfordern. Bei Rindern, Hühnern und Schweinen wollen im Schnitt 76%

6 <https://www.fdp.de/klimaschutzprogramm-der-gruenen-ist-ein-buerokratisches-geflecht-voller-verbote>

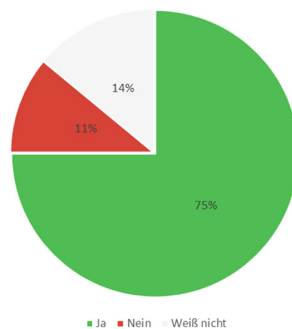
7 Special Eurobarometer 442 der Europäischen Kommission (2016): Attitudes of Europeans towards Animal Welfare. https://data.europa.eu/data/datasets/s2096_84_4_442_eng?locale=de

der Grünen-Wähler*innen, dass sie besser geschützt werden. Bei den CDU/CSU Wähler*innen wollen nur 55%, dass diese landwirtschaftlich genutzten Arten besser geschützt werden. Über alle Tierarten verteilt haben Linke-Wähler*innen die meisten Stimmen für einen besseren Schutz vergeben.

B.4. Sollte ein*e gewählte*r Beauftragte*r auf Bundesebene die Möglichkeit haben, für Tierschutz/tierliche Interessen einzutreten?

Zusammenfassung: Die Einführung einer*s Beauftragten auf Bundesebene, der für die Interessen der Tiere bzw. den Tierschutz eintritt, wird von der großen Mehrheit der Befragten begrüßt. Drei Viertel sprechen sich für die Schaffung dieser Institution aus, nur rund jede zehnte befragte Person ist dagegen.

Sollte ein gewählter Beauftragter auf Bundesebene die Möglichkeit haben, für Tierschutz/tierische Interessen einzutreten?



Sollte ein gewählter Beauftragter auf Bundesebene die Möglichkeit haben, für Tierschutz/tierische Interessen einzutreten?

	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD	Andere
Ja	79%	81%	79%	86%	73%	63%	71%
Nein	10%	7%	11%	10%	12%	19%	9%
Weiß nicht	11%	12%	10%	4%	15%	18%	20%

Kommentar: Die Schaffung der Institution einer*s Bundesbeauftragten für Tierschutz wurde in den letzten Jahren immer wieder von wichtigen politischen und gesellschaftlichen Akteuren gefordert. Während eine große Mehrheit diese Forderung befürwortet, fällt auf, dass immerhin 14% der Befragten dazu keine Meinung haben. Gründe könnten in der Unklarheit liegen, welche Aufgaben die beauftragte Person zu erfüllen hat und ob dadurch tatsächlich Tierschutz verbessert werden kann. Gründe gegen die Schaffung der Institution werden im Diskurs bislang nicht diskutiert, hier wären Interviews geeignet um nachzufassen und die bleibende Skepsis gegenüber der neuen Institution zu verstehen.

In dieser Frage bestehen nur geringe Differenzen zwischen den Parteigruppen. SPD-Wähler*innen votieren für das Amt der*s Tierschutzbeauftragten zu einem noch höheren Anteil als die Grünen-Wähler*innen. Während sich im Durchschnitt nur rund jede zehnte Person dagegen ausspricht, ein solches Amt einzuführen, sticht der Anteil der Gegner*innen unter den AfD-Wähler*innen, mit 19%, hier

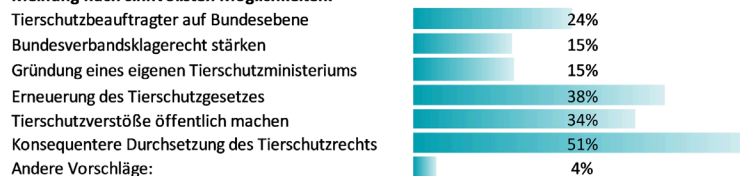
heraus.

Die Politik hat den Wunsch der Bevölkerung offenbar erkannt, und so findet sich im Koalitionsvertrag für die nächste Legislaturperiode 2021- 2025 zwischen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP der Hinweis auf die geplante Schaffung einer*s Bundesbeauftragten für Tierschutz. Offen ist bis Redaktionsschluss dieser Analyse aber, mit welchen Ressourcen und Interventionsmöglichkeiten die Person ausgestattet wird. Zumindest dieser Umfrage nach wollen die Menschen, dass der neue Posten auch mit Funktionen der politischen Vertretung von Tieren betraut wird, dass die Person mit einem umfassenden Mandat ausgestattet wird, für Tierschutz und tierliche Interessen aktiv einzutreten.

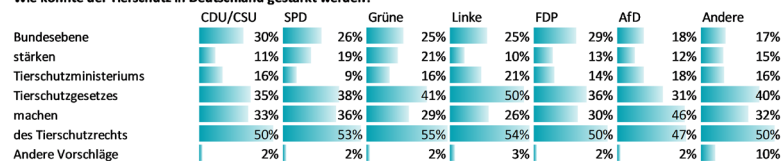
B.5. Aussage: „Wie könnte der Tierschutz in Deutschland gestärkt werden?“

Zusammenfassung: Die Befragten sollten Maßnahmen auswählen, mit denen sich der Tierschutz stärken lässt. Die höchsten Anteile der maximal zwei verfügbaren Stimmen erhält die konsequente Durchsetzung des Tierschutzrechts, gefolgt von der Erneuerung des Tierschutzrechts und mehr Transparenz über Tierschutzverstöße.

Wie könnte der Tierschutz in Deutschland gestärkt werden? Bitte nennen Sie die zwei Ihrer Meinung nach sinnvollsten Möglichkeiten.



Wie könnte der Tierschutz in Deutschland gestärkt werden?



Kommentare: Die Auswahl der Maßnahmen drückt insofern eine gewisse Priorisierung aus, als maximal zwei Maßnahmen pro Person ausgewählt werden durften. Es ist also durchaus möglich, dass ohne diese Einschränkung alle Maßnahmen höhere Werte bekommen hätten. Die Ergebnisse machen deutlich, dass an der konsequenten Durchsetzung des Tierschutzrechts offenbar gezweifelt wird. Denn die Durchsetzung aktuellen Rechts wird von der Mehrheit der Bevölkerung klar als Maßnahme zur Stärkung des Tierschutzes angesehen. Auch die Reform des Tierschutzgesetzes und mehr Transparenz über Tierschutzverstöße werden durchweg zu hohen Anteilen als mögliche Stärkungen des Tierschutzes angesehen.

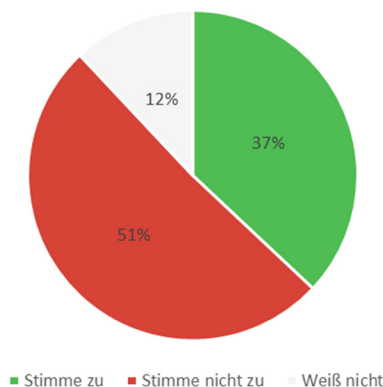
Zwischen den Partei-Gruppen zeigen sich wenige Unterschiede in der Gewichtung der Maßnahmen. Bemerkenswert ist, dass immerhin

35% der CDU-CSU-Wähler*innen und 38% der SPD-Wähler*innen die Erneuerung des Tierschutzrechts als wichtige Stärkung des Tierschutzes ansehen. Immerhin 15% der CDU/CSU-Wähler*innen und 14% der FDP-Wähler*innen sehen in der Gründung eines eigenen Ministeriums für Tierschutz eines der beiden wichtigsten Mittel zur Stärkung des Tierschutzes, wobei daraus streng genommen noch nicht hervorgeht, ob sie diese Stärkung auch tatsächlich befürworten würden. Ein neues Amt einer*s Tierschutzbeauftragten auf Bundesebene wird von einem Viertel der Befragten zu den zwei wichtigsten Maßnahmen zur Stärkung des Tierschutzes gezählt.

B.6. Aussage: „Bilder leidender Tiere sollten Kindern unzugänglich sein, weil Wissen um leidende Tiere in der Tierhaltung schwer zu ertragen ist.“

Zusammenfassung: Die Bevölkerung scheint uneinig über die Frage, ob Bilder leidender Tiere in der Tierhaltung für Kinder zugänglich sein sollten. 37% stimmen der Aussage zu, dass sie unzugänglich sein sollten, weil das Wissen um dieses Tierleid schwer zu ertragen ist. Mehr als 50% der Befragten widersprechen der Forderung, dass Bilder leidender Tiere den Kindern vorenthalten werden sollten. Rund jede zehnte Person ist unentschieden.

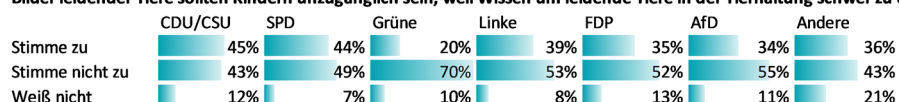
Bilder leidender Tiere sollten Kindern unzugänglich sein, weil Wissen um leidende Tiere in der Tierhaltung schwer zu ertragen sind.



Bilder leidender Tiere sollten Kindern unzugänglich sein, weil Wissen um leidende Tiere in der Tierhaltung schwer zu ertragen sind.



Bilder leidender Tiere sollten Kindern unzugänglich sein, weil Wissen um leidende Tiere in der Tierhaltung schwer zu ertragen sind.



Kommentar: Transparenz und Aufklärung sind für eine öffentliche Beurteilung der Tierschutz- und Agrarpolitik entscheidend. Bilder oder Videos von Tierleid, etwa bei Schlachtungen, Verstümmelungen, Kannibalismus oder anderen Verhaltensanomalien, infolge von schlechten Haltungsbedingungen, sind wichtig für das Verständnis der realen Situation. Jedoch stellt sich bei dem Schock-Effekt dieser Bilder die Frage, ob und ab wann sie Kinder oder Jugendliche derart belasten, dass sie eventuell zurückgehalten werden sollten. Die Antworten in dieser Umfrage drücken bedingt auch ethischen Haltungen aus. Wer ein gewisses Maß an Tierleid für die profitable Nutzung von Tieren für unausweichlich, und die Nutzung für notwendig befindet, für normal befindet, mag zu der Ansicht neigen, dass diese Bilder Kindern als normal präsentiert werden sollten. So erhalten Kinder und Jugendliche durch Schulprogramme des Deutschen Bauernverbandes Einblicke in die Tiernutzung, um einer "Entfremdung" von gängigen Haltungsformen vorzubeugen.⁸ Gängige Praktiken der Tierhaltung können aber auch für derart grausam befunden werden, dass man Kindern die Bilder nicht zumuten möchte. Gleichzeitig kann eine Zustimmung zum Zeigen der Bilder auch damit begründet sein, dass Kinder die Bilder von Tierleid sehen sollten, um dadurch eine Ernährungswende zu unterstützen. Eine knappe Mehrheit der Bevölkerung spricht sich gegen eine Zurückhaltung der Bilder leidender Tiere aus. Allerdings meinen immerhin 40%, dass sie zurückgehalten werden sollten, weil Wissen um leidende Tiere für Kinder schwer zu ertragen ist. Die Gesellschaft scheint also offenbar zwiegespalten über den Umgang mit Bildern von Tierleid. Diskussion und Klärungsbedarf seitens der Politik sind daher dringend angeraten.

Kritisch gegenüber der Vorenthaltung - und damit offenbar positiv gegenüber einer Veröffentlichung - der Bilder sind vor allem die Grünen-Anhänger*innen: 70% lehnen die Zurückhaltung der Bilder ab, nur 20% stimmen zu. Bei CDU/CSU- sowie SPD-Anhänger*innen sind Zustimmung und Ablehnung gleichmäßig verteilt. FDP-, AFD- und Linke-Anhänger*innen neigen etwas mehr dazu, die Bilder den Kindern nicht vorzuenthalten.

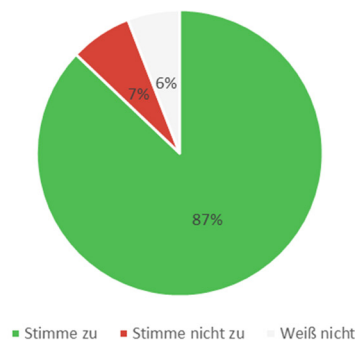
⁸ Agrar-Presseportal (2021): Pressemitteilung "Tierschutzpreis 2012: Bestes Schulprojekt zur landwirtschaftlichen Nutztierhaltung gesucht". In: https://www.agrar-presseportal.de/nachrichten/tierschutzpreis-2012-bestes-schulprojekt-zur-landwirtschaftlichen-nutztierhaltung-gesucht_article12327.html; Deutscher Bauernverband (2010): Pressemitteilung "i.m.a. feiert 50sten Geburtstag". In: https://www.agrar-presseportal.de/nachrichten/i-m-a-feiert-50sten-geburtstag_article7135.html

C. Relevanz der Tierethik und des Tierschutzes

C.1. Aussage: „Mir ist es wichtig, dass Tiere, die in der Lebensmittelindustrie genutzt werden, gut behandelt werden.“

Zusammenfassung: Die Zustimmung zur ethischen Aussage, dass Tiere, die zu Nahrungszwecken genutzt werden, gut behandelt werden sollten, ist sehr hoch, sie findet fast 90%ige Zustimmung. Das deckt sich mit einer ähnlichen Umfrage aus dem Jahr 2016.⁹

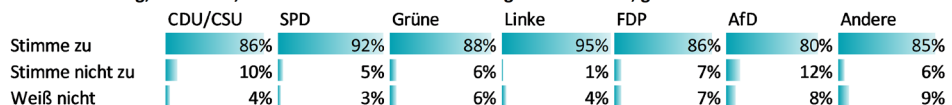
Mir ist es wichtig, dass Tiere, die in der Lebensmittelindustrie genutzt werden, gut behandelt werden.



Mir ist es wichtig, dass Tiere, die in der Lebensmittelindustrie genutzt werden, gut behandelt werden.



Mir ist es wichtig, dass Tiere, die in der Lebensmittelindustrie genutzt werden, gut behandelt werden.



Kommentar: Die Anforderung der guten Behandlung von Tieren, welche für Nutzungszwecke gehalten und getötet werden, ist eine ethische Minimalforderung. Die meisten ethischen Theorien gehen darüber hinaus und verbieten zusätzlich bestimmte oder gar sämtliche heute praktizierten Nutzungsformen.¹⁰ Die Aussage muss aber in dieser offenen Form nicht unbedingt eine generelle Zustimmung zur Nutzung von Tieren beinhalten, weil sie konditional formuliert ist ("Tiere, die genutzt werden" im Sinne von "wenn Tiere genutzt werden").

Offen bleibt bei der Frage, was die "gute Behandlung" beinhaltet. Bemerkenswert ist die deckungsgleich hohe Zustimmung einer früheren

⁹ Zühlendorf, A., Spiller, A., Gauly, S. und Kühl, S. (2016): Wie wichtig ist Verbrauchern das Thema Tierschutz? Präferenzen, Verantwortlichkeiten, Handlungskompetenzen und Politikoptionen. Universität Göttingen + Zühlendorf und Partner, 2016.In: <https://www.vzbv.de/sites/default/files/downloads/Tierschutz-Umfrage-Ergebnisbericht-vzbv-2016-01.pdf>

¹⁰ Schmitz, F. (2014): Tierethik - Grundlagentexte. Suhrkamp; Grimm, H. und Wild, M. (2020): Tierethik zur Einführung. Junius.

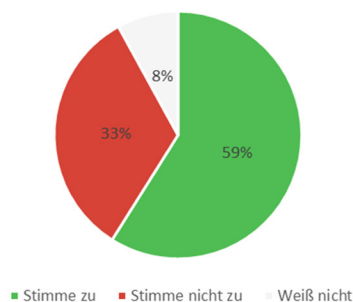
Umfrage von Zühlsdorf et. al (2016) mit ähnlichem Wortlaut.¹¹

Bemerkenswert ist auch, dass die Grünen-Sympathisant*innen bei den Zustimmungswerten zu der Aussage hinter der SPD und fast gleich auf mit der CDU/CSU bleiben, während immerhin 12% nicht zustimmen oder mit "weiß nicht" antworten. Das könnte darauf hindeuten, dass besonders tierschutz-affine Personen oder Veganer*innen unter den Grünen-Wähler*innen der Aussage kritisch gegenüberstehen, weil sie befürchten, damit auch eine Zustimmung für die Tiernutzung zu Nahrungszwecken zu erteilen, die sie in ethischer Hinsicht für problematisch halten.

C.2. Aussage: „Den Deutschen ist es wichtig, dass die Tiere, die zu Nahrungszwecken genutzt werden, gut behandelt werden.“

Zusammenfassung: Rund 60% der Befragten stimmen der Aussage zu, den Deutschen sei es wichtig, dass Tiere im Agrarbereich gut behandelt werden. Rund ein Drittel widerspricht dem. Zum Vergleich: Nahezu 90% der Befragten finden persönlich, dass Tiere gut behandelt, die zu Nahrungszwecken gehalten werden, gut behandelt werden sollten.

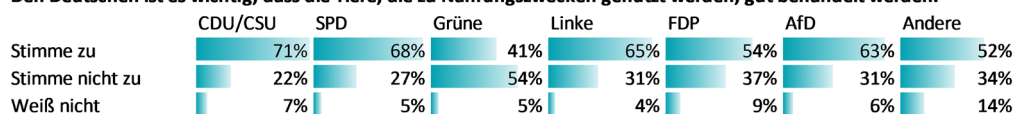
Den Deutschen ist es wichtig, dass die Tiere, die zu Nahrungszwecken genutzt werden, gut behandelt werden.



Den Deutschen ist es wichtig, dass die Tiere, die zu Nahrungszwecken genutzt werden, gut behandelt werden.



Den Deutschen ist es wichtig, dass die Tiere, die zu Nahrungszwecken genutzt werden, gut behandelt werden.



¹¹ Zühlsdorf, A., Spiller, A., Gauly, S. und Kühl, S. (2016): Wie wichtig ist Verbrauchern das Thema Tierschutz? Präferenzen, Verantwortlichkeiten, Handlungskompetenzen und Politikoptionen. Universität Göttingen + Zühlsdorf und Partner, 2016.

Kommentar: Die Tierschutzpolitik ist in hohem Maße davon beeinflusst, was als verbreitete Einstellung (“der Deutschen”) zum Tierschutz angenommen wird. Immer wieder werden politische Forderungen dahingehend beurteilt, ob sie nicht “zu utopisch” seien und “die Bevölkerung überfordern”. Daher ist das Zusammenspiel dieser Frage mit der Frage C.1. höchst relevant. Neun von zehn Befragten in Frage C.1. ist die gute Behandlung der Tiere in der Lebensmittelindustrie wichtig; Gemäß C.2. glauben aber nur etwas weniger als zwei Drittel, dass eine gute Behandlung der deutschen Bevölkerung wichtig sei. Das deutet darauf hin, dass die gesellschaftliche Relevanz des Tierschutzes medial und politisch unterschätzt wird. Deshalb könnte sich die Situation den Menschen so darstellen, ihnen persönlich sei Tierschutz wichtiger als dem Gros der deutschen Bevölkerung. Immerhin ein Drittel der Befragten befürchtet gar, dass “den Deutschen” die gute Behandlung zu Nahrungszwecken gehaltener Tiere nicht wichtig sei. Dass Tierschutz in der Politik als Randthema behandelt wird, könnte solche Fehleinschätzungen der individuellen Relevanz erklären. Erklären ließe sich die Differenz auch damit, dass Menschen den Einfluss ihres Handelns auf das Tierleid verdrängen und die Handlungen anderer dafür verantwortlich machen; und daher den anderen eine geringere Tierschutz-Affinität unterstellen als sich selbst. Die Differenz zwischen der realen und wahrgenommenen Relevanz des Tierschutzes in der Bevölkerung sollte in jedem Fall weiter untersucht und erklärt werden.

Am weitesten auseinander liegen erneut die Wähler*innen-Gruppen von CDU/CSU auf der einen und Bündnis 90/ die Grünen auf der anderen Seite. Letztere widersprechen mehrheitlich der Aussage, dass den Deutschen die Behandlung der Tiere wichtig sei. Eine große Mehrheit der CDU/CSU-Wähler*innen geht dagegen davon aus, dass den Deutschen die Behandlung der Tiere wichtig sei. Während bei vielen anderen Fragen Linke- und Grünen-Wähler*innen im Abstimmungsverhalten nah aneinander liegen, haben Linke-Wähler*innen hier ein deutlich positiveres Tierschutz-Bild der Deutschen, ähnlich ist es bei den Wähler*innen der SPD und AFD. Die FDP-Anhänger*innen fallen hier leicht ab, gehen aber noch mehrheitlich davon aus, dass den Deutschen die gute Behandlung für Ernährungszwecke gehaltener Tiere wichtig sei.

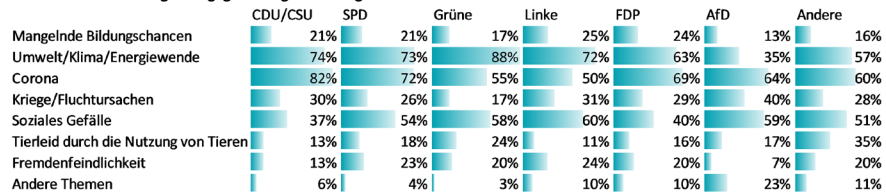
C.3. Was sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten Probleme in Deutschland?

Zusammenfassung: Die Themenfelder Umwelt / Klima, Corona und soziales Gefälle gehören in den Augen eines Großteils der Bevölkerung zu den wichtigsten Problemen in Deutschland. Jede fünfte befragte Person zählt Tierleid durch die Nutzung von Tieren zu den drei wichtigsten Problemen in Deutschland.

Was sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten Probleme in Deutschland? Nennen Sie maximal 3 Probleme.



Was sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten Probleme in Deutschland?



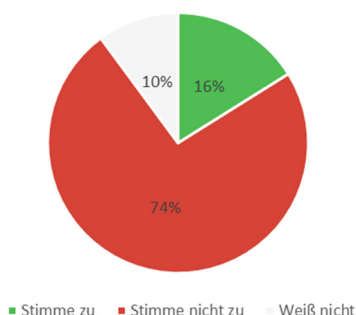
Kommentar: Die Befragten konnten aus der Liste drei Themenbereiche auswählen, die sie als wichtigste Probleme der Zeit in Deutschland ausmachen. Eine Frage nach wichtigsten politischen Problemen kann immer nur eine persönliche Momentaufnahme sein, besonders die Corona-Krise ist zu dem Zeitpunkt der Umfrage sicher hoch bewertet, wobei unklar ist, ob das in den nächsten Jahren so bleibt. Tierleid durch die Nutzung von Tieren wird von einem Fünftel der Befragten unter die drei wichtigsten Probleme der Zeit gezählt. Eine Priorisierung innerhalb der wichtigsten drei lässt sich aus den Antworten nicht entnehmen. Wie stark die empfundene Dringlichkeit des Problems des Tierleides sich von den Dringlichkeiten anderer Probleme unterscheidet, lässt sich den Antworten nicht entnehmen.

Der Anteil derer, die Tierleid zu den drei wichtigsten akuten Problemen Deutschlands zählen, liegt bei den Grünen-Wähler*innen bei 24%, bei CDU/CSU- und Linken-Wähler*innen ist es etwas mehr als jede zehnte befragte Person, die dem Tierschutz eine sehr hohe Priorität zuweist.

C.4. Aussage: „Niedrige Fleischpreise sind wichtiger als das Wohlergehen der als Nahrungsmittel genutzten Tiere.“

Zusammenfassung: Drei Viertel der Befragten, eine große Mehrheit, widerspricht der Aussage, dass niedrige Fleischpreise wichtiger als das Wohlergehen landwirtschaftlich genutzter Tiere sei. Nur 16% der Befragten stimmen dieser Aussage zu.

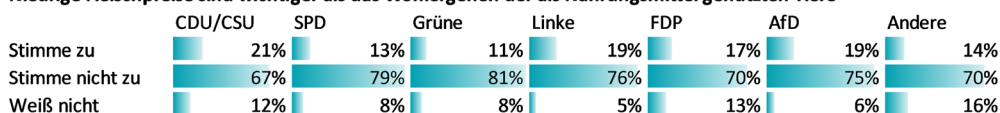
Niedrige Fleischpreise sind wichtiger als das Wohlergehen der als Nahrungsmittel genutzten Tiere.



Niedrige Fleischpreise sind wichtiger als das Wohlergehen der als Nahrungsmittel genutzten Tiere.



Niedrige Fleischpreise sind wichtiger als das Wohlergehen der als Nahrungsmittel genutzten Tiere



Kommentar: Diese Frage testet die Wertepräferenzen der Bevölkerung zum Interessenkonflikt zwischen Tierschutz und billigem Fleischkonsum. Dieser Interessenkonflikt wird in der Agrarpolitik oftmals zugunsten der niedrigen Preise entschieden. Das Ergebnis zeigt, dass diese Ausrichtung der Agrarpolitik von falschen Prämissen zur gesellschaftlichen Akzeptanz auszugehen scheint, wenn sie die ökonomische Performance der Tierhaltung gegenüber dem Wohlergehen der Tiere präferiert. Die Frage leistet auch einen Beitrag zur Klärung der Thematik, ob der Tierschutz im BMEL richtig aufgehoben ist (siehe Frage A.2. in dieser Umfrage), denn das BMEL ist traditionell und vornehmlich mit der Förderung des landwirtschaftlichen Sektors betraut.

Am weitesten auseinander liegen die Antworten zwischen Wähler*innen der Grünen (11% Zustimmung, 81% Ablehnung) und CDU/CSU (21% Zustimmung, 67% Ablehnung). Bei Linke-Wähler*innen ist die Zustimmung etwas höher als der Durchschnitt, niedrige Fleischpreise werden hier offenbar verstärkt unter sozialen Aspekten für wichtig befunden. Höher liegt der Anteil der Befürworter niedriger Fleischpreise nur bei CDU/CSU und AfD-Wähler*innen.

D. Ernährung

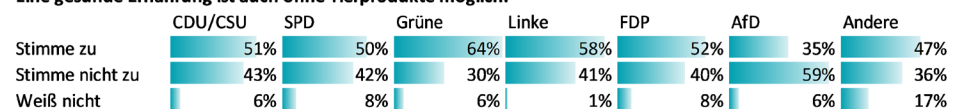
D.1. Aussage: „Eine gesunde Ernährung ist auch ohne Tierprodukte möglich.“

Zusammenfassung: Ob eine gesunde Ernährung auch ohne Tierprodukte möglich ist, scheint gesellschaftlich stark unterschiedlich bewertet zu werden: Rund die Hälfte der Befragten meint, dass eine gesunde Ernährung ohne Tierprodukte möglich, etwas weniger als die Hälfte widerspricht dem. Fast jede zehnte Person kann diese Frage nicht beantworten.

Eine gesunde Ernährung ist auch ohne Tierprodukte möglich.



Eine gesunde Ernährung ist auch ohne Tierprodukte möglich.



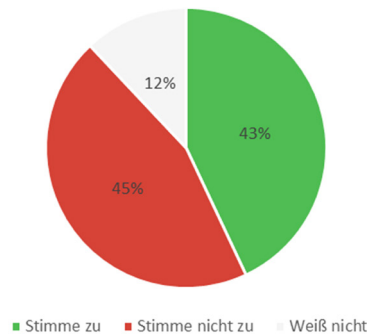
Kommentar: Wissen über die Gesundheit der pflanzlichen und tier-basierten Ernährung ist für die Beurteilung der Zukunft der Tierhaltung von großer Bedeutung. Das Ergebnis zeigt unterschiedliche Kenntnisstände diesbezüglich. Das ist auch insofern bemerkenswert, da es sich um eine medizinische Frage handelt, die heute in Fachkreisen unumstritten ist. Das Ergebnis macht deutlich, dass insbesondere staatliche und medizinische Organisationen mehr Öffentlichkeitsarbeit betreiben sollten, um der offenkundigen Verunsicherung unter den Menschen entgegenzuwirken.

Am weitesten auseinander liegen hier die Positionen zwischen Grünen- und AfD-Wähler*innen. Bei Letzteren bezweifeln fast zwei Drittel der Befragten, dass eine vegane Ernährung gesund sein kann, bei den Grünen-Wähler*innen ist das Verhältnis umgekehrt. Bei den übrigen Parteien sind die Antworten recht ausgeglichen in beide Richtungen, mit einer leichten Tendenz zur Zustimmung, dass eine gesunde Ernährung möglich ist.

D.2. Aussage: „In ethischer Hinsicht ist eine Ernährung ohne Tierprodukte die beste Lösung.“

Zusammenfassung: Rund die Hälfte der Befragten meint, dass eine Ernährung ohne Tierprodukte in ethischer Hinsicht die beste Lösung sei, ebenso viele stimmen dem nicht zu, und rund jede zehnte befragte Person kann das nicht beantworten.

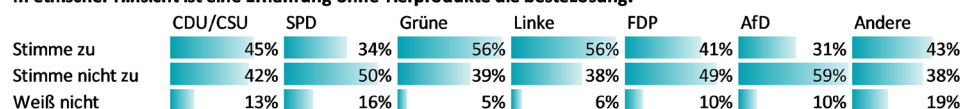
In ethischer Hinsicht ist eine Ernährung ohne Tierprodukte die beste Lösung.



In ethischer Hinsicht ist eine Ernährung ohne Tierprodukte die beste Lösung.



In ethischer Hinsicht ist eine Ernährung ohne Tierprodukte die beste Lösung.



Kommentar: Während es über die Frage der guten Behandlung sogenannter “Nutztiere” (Frage C.1.) einen großen Konsens zu geben scheint, gehen die Positionen über die ethische Frage, ob Tiere heute noch überhaupt für Nahrungszwecke genutzt werden sollten, stark auseinander.

Die Frage ist besonders deshalb dringend gesellschaftlich klärungsbedürftig, weil der Tierschutz in der landwirtschaftlichen Tierhaltung traditionell auf einer ethischen Legitimation der Nutzung basiert bzw. basieren sollte. Selten wird aber in den politischen Debatten zur Tierhaltung die Grundsatzfrage einer ethisch legitimierten Nutzung und Tötung offen gestellt und von den Akteuren beantwortet. Selbst Tierschutzvereine halten sich mit Aussagen oder Debatten dahingehend oft zurück. Sie befürchten, dadurch ins politische Abseits zu geraten. Die Antworten machen deutlich, dass diese Einschätzung vielleicht auf falschen Annahmen basiert, denn die Einstellungen zur Ethik der veganen bzw. tierbasierten Ernährung liefern ein differenziertes Bild. Offenbar fallen selbst Tierschutzvereine mit ihren moderaten Zielen hinter die ethischen Vorstellungen weiter Teile der Gesellschaft zurück. Den 43% stimmen der Aussage mehr oder weniger zu, dass in ethischer Hinsicht eine Ernährung ohne Tierprodukte die beste Lösung wäre. Auffallend ist, dass auch im zustimmenden und ablehnenden Lager jeweils zwei

gleich große Gruppen “voll und ganz” und “eher” zustimmen bzw. nicht zustimmen. Die Positionen jeweils gleich großer Bevölkerungsgruppen driften also bei der Frage besonders weit auseinander.

Linke- und Grünen-Anhänger*innen teilen sich die höchsten Zustimmungsraten zur Aussage, interessanterweise gefolgt von der CDU/CSU- und FDP-Wähler*innen. Dahinter kommen als Schlusslichter SPD-Wähler*innen (34% Zustimmung) und als letztes AFD-Wähler*innen (nur 31% Zustimmung). Insgesamt unschlüssig über die Frage ist ca. jede zehnte befragte Person, wobei der höchste Anteil der “Weiß Nicht”-Stimmen bei SPD-Wähler*innen vorliegt.

E. Soziodemographische Merkmalen der befragten repräsentativen Bevölkerungsgruppe

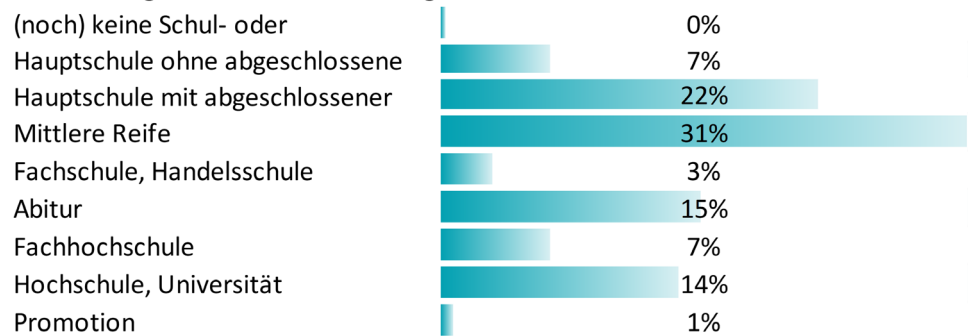
E.1. Altersgruppen

Altersgruppen



E.2. Bildung

Welche Schul- und Berufsausbildung haben Sie? Bitte nennen Sie uns Ihre höchste abgeschlossene Ausbildung.



E.3. Geschlecht

Sind Sie...?





Informationen über Animal Society's
Kampagne für eine Vertretung von Tieren in
der Politik und Unterstützungsmöglichkeiten:

animalsociety.de/tierpolitik